

KURZ GEMELDET

GdP fordert Aus für „Tag der Landespolizei“

Kiel – Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) verlangt vom Innenministerium, künftig auf den „Tag der Landespolizei“ zu verzichten. Die Belastung der Beamten lasse solche Feiern nicht mehr zu, sagte der Landesvorsitzende Oliver Malchow gestern in Kiel. Der Landesvorstand habe sich einstimmig dafür ausgesprochen, die Veranstaltung zu streichen. Innenminister Rainer Wiegand (CDU) kündigte an, nach einer Prüfung zu entscheiden. lno

Feuerwehmann fuhr in ein Wohnhaus

Meldorf – Gestern Nachmittag ist ein Feuerwehmann auf dem Weg zum Einsatzort verunglückt. Der Mann war nach Polizeiangaben mit seinem Privatauto von der Straße abgekommen und in ein unbewohntes Haus gefahren. Er selbst blieb dabei unverletzt. Das Haus wurde jedoch so schwer beschädigt, dass ein Einsturz drohte – und so der Feuerwehr gleich den nächsten Einsatz zur Sicherung der Immobilie bescherte. stü

Steinmeier unterstützt Ostsee-Jugendarbeit

Kiel – Mit bis zu 10 000 Euro aus dem Etat der Abteilung für Kultur und Kommunikation im Auswärtigen Amt will Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) die Ostsee-Jugendarbeit in Schleswig-Holstein unterstützen. Das verspricht Steinmeier in einem Gespräch mit Vertretern des Landesjugendrings am Rande einer Wahlkampfveranstaltung in Kiel. Er beteiligt sich damit an der Spendenkampagne für die Ostsee-Jugendstiftung, die Teilnehmer von Ostsee-Jugendbegegnungen unterstützt. chr

„Bleiben Bauen und Wohnen bezahlbar?“

Rendsburg – Zum Thema „Bleiben Bauen und Wohnen bezahlbar?“ haben die wohnungswirtschaftlichen Verbände Spitzenpolitiker der für den Landtag kandidierenden Parteien auf das Podium geholt. Diskutiert wird am Sonntag, 5. September, von 10 bis 12 Uhr im Kulturzentrum Hohes Arsenal in Rendsburg. Die Veranstaltung ist nur für die Mitglieder von Haus & Grund und vier weiteren Verbänden sowie ihren Gästen. chr

Workshop über Medien und Politik

Kiel – Einblicke in das Funktionieren von Politik und die Grundsätze politischer Berichterstattung soll ein dreitägiger Workshop jungen Menschen im Alter zwischen 15 und 20 Jahren verschaffen. Unter dem Motto „Medien und Politik hautnah erleben“ bieten die Jugendpresse und der Besucherdienst des Landtags vom 15. bis 17. September auch Gespräche mit Journalisten und Abgeordneten. Die Teilnahme kostet 35 Euro. Das Programm steht unter www.sh-landtag.de und www.jugendpresse-sh.de im Internet. chr

Weniger Last mit den Prüfungen

Schwenk im Bildungsministerium – Auch über die Profileroberstufe wird neu nachgedacht

Kiel – Der Unmut über die zentralen Prüfungen für den Hauptschul- und den Mittleren Abschluss zeigt Wirkung. Bereits im kommenden Jahr soll die Zahl der mündlichen Prüfungen verringert werden. Auch die Profileroberstufe an den Gymnasien wird unter die Lupe genommen.

Von Bodo Stade

Es gehe nicht darum, die Prüfungen einfacher zu machen. „Aber es stellt sich die Frage, ob Aufwand und Ertrag im richtigen Verhältnis zueinanderstehen“, begründete Bildungs-Staatssekretär Jost de Jager gestern die geplanten Veränderungen. Demnach müssen Schüler künftig nur

noch dann eine mündliche Prüfung absolvieren, wenn davon der Abschluss abhängt oder wenn sie damit ihre Endnote verbessern können. Eine Ausnahme bildet Englisch. In diesem Fach sollen die Schüler auch weiterhin in einem sprachpraktischen Teil ihr Können unter Beweis stellen.

Der Schwenk im Bildungsministerium hat allerdings nichts mit dem Bruch der Großen Koalition und der Entlassung von SPD-Bildungsministerin Ute Erd-siek-Rave zu tun. Der CDU-Staatssekretär erklärte, dass im Ministerium bereits unter der alten Führung über entsprechende Veränderungen nachgedacht worden sei.

Korrekturen kündigte de Jager auch bei den gerade

erst eingeführten „prophylaktischen Prüfungen“ an. Zum Hintergrund: Im vergangenen Schuljahr mussten zum ersten Mal schwache Real- und Gymnasialschüler vorsorglich eine Prüfung zum Hauptschulabschluss beziehungsweise zum Mittleren Abschluss ablegen. Damit sollte vermieden werden, dass Schüler, die den angestrebten höheren Abschluss an ihrer Schule nicht erreichen, plötzlich mit leeren Händen dastehen. Die gute Grundidee sorgte in der Praxis jedoch für haufenweise Ärger. Schüler, die für die Prüfung ausgewählt wurden, litten zum Teil unter dem Makel, als unsichere Kandidaten zu gelten. Zudem mussten sie auch noch die zusätzlichen Arbeiten stemmen. Erste Entlastung:

Die zentralen Abschlussarbeiten können künftig auch im Zuge der ohnehin vorgesehenen Klassenarbeiten geschrieben werden.

De Jager kann sich darüber hinaus sogar vorstellen, diese Prüfungen wieder ganz abzuschaffen. Dafür müsste allerdings in der kommenden Legislaturperiode das Schulgesetz geändert werden. Kritisch sieht der Staatssekretär inzwischen auch die auf Druck der CDU eingeführte Profileroberstufe. Der „Kanon der Fächer“ sei breiter gefasst als in anderen Bundesländern, bemerkte de Jager. Ziel sei aber nicht die Abschaffung, sondern die Fortführung der Profileroberstufe.

Die Warnungen vor einem Lehrermangel wies de Jager indes als „Kassandra-Rufe“

zurück. Es sei zwar richtig, dass die „eiserne Reserve“ schrumpft. Mit rund 23 000 Lehrstellen habe das Land jetzt aber „den Gipfel der Nachfrage“ erreicht. Angesichts der bereits rückläufigen Schülerzahlen gehe das Ministerium nicht davon aus, „dass sich die Situation noch verschärfen wird“. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft blieb bei ihren Berechnungen und verwies auf die anstehende Pensionierungswelle: Demnach wird sich die Schere zwischen Angebot und Nachfrage in den kommenden sechs Jahren immer weiter öffnen. Den 800 Stellen, die 2015 zu besetzen wären, stünden dann laut einer Studie nur noch 400 Bewerber aus Schleswig-Holstein gegenüber.



Beim Sturz von dem fahrenden Zug wurde der mit Dämmstoffen beladene Lkw total zerstört. Der Unfall ereignete sich im Uferbereich des Hindenburgdamms zwischen Sylt und dem Festland. Der Fahrer verstarb noch an der Unglücksstelle. Foto Bundespolizei

Lkw stürzte vom Sylt-Zug – Fahrer starb

Die Insel war mehrere Stunden lang vom Festland abgeschnitten

Westerland – Dramatischer Unfall auf dem Hindenburgdamm. Auf der Fahrt von Niebüll nach Westerland fiel gestern gegen 15.30 Uhr ein mit Dämmstoffen beladener Lkw mitsamt Anhänger von einem Eisenbahnwaggon des „DB Sylt Express“. Bei dem Unglück wurde der 32-jährige Lkw-Fahrer aus seinem Führerhaus heraus ins Wasser ge-

schleudert. Der Zugführer des „Sylt-Express“ sprang aus dem sofort gestoppten Zug und konnte den schwer verletzten Fahrer im überfluteten Uferbereich erreichen und an Land ziehen. Die kurz darauf eintreffenden Kräfte der Feuerwehr Klanxbüll sowie des Rettungsdienstes konnten den Mann noch versorgen. Er verstarb jedoch noch an der Unfallstelle an seinen schweren Verletzungen. Der Zugchef erlitt bei der Rettung nach Angaben der Bundespolizei selbst schwere Unterkühlungen und musste in ein

Krankenhaus gebracht werden.

Aufgrund von Zeugenaussagen gingen die Einsatzkräfte zunächst davon aus, dass noch eine zweite Person ins Wasser geschleudert wurde. Aus diesem Grund wurden zur Suche ein „Sea King“-Hubschrauber des Marinefliegergeschwaders 5 aus Kiel-Holtenau sowie ein Hubschrauber des Typs „EC 135“ der Bundespolizei zur Suche eingesetzt.

Die Bahnstrecke zwischen Westerland und Dagebüll war während der Rettungs- und

Bergungsarbeiten bis 18.15 Uhr voll gesperrt. Der Lkw konnte jedoch angesichts der stürmischen Wetterlage noch nicht geborgen werden. Die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen zur Unglücksursache übernommen und den Lkw sowie den Eisenbahnwaggon beschlagnahmt. Die Ermittlungen sollen klären, warum der tonnenschwere Lastwagen während der Fahrt von dem Flachwagen des Zuges fallen konnte. Möglicherweise hat eine Sturmböe das mit Styropor beladene Fahrzeug erfasst. FB

Bekannte Gesichter im Stegner-Team

Jürgen Weber und Renate Schnack sind die ersten Mitglieder

Kiel – Der Anfang ist gemacht. Mit Jürgen Weber und Renate Schnack hat SPD-Spitzenkandidat Ralf Stegner gestern offiziell die beiden ersten Mitglieder seines „Zukunftsteams“ vorgestellt. Weitere sollen in der kommenden Woche folgen. Am 18. September will Stegner dann das komplette Team präsentieren, das jeweils zur Hälfte aus Männern und Frauen be-

stehen wird. Mit Jürgen Weber für den Bereich Hochschulpolitik und Renate Schnack für die Minderheitenpolitik setzt Stegner auf zwei wohlbekannte Gesichter. Schnack hatte sich bereits in der Regierung Simonis als Minderheitenbeauftragte „hohes Ansehen“ erworben, wie Stegner gestern betonte. „Daran wollen wir anknüpfen.“ Schnack zeigte sich glücklich über die Berufung und machte deutlich, wie sehr

ihr die Belange nationaler Minderheiten und Volksgruppen am Herzen liegt. „Schleswig-Holstein war hier viele Jahre lang Schrittgeber und Wegweiser. Das möchte ich wiederbeleben.“ Auch der Kieler Bildungspolitiker Weber ist kein Unbekannter. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende kümmert sich seit Jahren um die Belange der Hochschulen und verspricht, dass er auch in Zukunft nicht vorhabe, die „studentische

Brille“ abzunehmen. Webers Credo lautet: „Wir müssen die Hochschulen weiter öffnen.“ Schleswig-Holstein brauche zusätzliche Studienplätze. Zugleich sicherte er zu, dass an den Hochschulstandorten nicht gerüttelt werde. Die Hochschulen brauchten vielmehr „Planungssicherheit und klare Entscheidungen“. Ein „bisschen stolz“ zeigte sich Weber beim Thema Studiengebühren. Er erinnere sich noch an die schwierigen Koalitionsverhandlungen. „Wir sind nicht eingeknickt. Unsere Starrköpfigkeit hat dazu geführt, dass inzwischen



Im Team: Jürgen Weber und Renate Schnack. Foto bos

alle Parteien – zumindest verbal – die Einführung von Studiengebühren ablehnen.“ std

Schwarz-Grün im Prinzip für Krümmel-Aus

Hamburg – Hamburgs schwarz-grüne Koalition hat sich grundsätzlich für eine dauerhafte Stilllegung des Atomkraftwerks Krümmel ausgesprochen. CDU und GAL beschlossen am Mittwochabend in der Bürgerschaft, dass der Senat bei Zweifeln am weiteren sicheren Betrieb des Pannereaktors unweit der Hansestadt darauf hinwirken soll, das Kraftwerk dauerhaft stillzulegen. Weitergehende Schritte, wie von SPD und Linken gefordert, lehnte Schwarz-Grün ab. Die Opposition sprach daher von Rosstäuscherei. „Unter endgültig stilllegen verstehen wir etwas anderes“, sagte die SPD-Umweltexpertin Monika Schaal. „Sie erwecken den Anschein, als würden Sie etwas unternehmen.“ Der Antrag von CDU und GAL sei ein Etikettenschwindel.

Das 26 Jahre alte Atomkraftwerk in Geesthacht an der Elbe war nach einem Träfo-Unfall im Jahr 2007 und einem zweijährigen Stillstand im Juni wieder in Betrieb genommen worden. Kurz darauf musste es aber wieder abgeschaltet werden. Innerhalb von nur zwei Wochen war es zu drei Störfällen gekommen. In dem von CDU und Grünen gefassten Beschluss heißt es, der Senat solle sich dafür einsetzen, dass die Pannenserie aufgeklärt und Hamburg als betroffenes Nachbarland über alle weiteren Schritte informiert werde. „Bei Zweifeln am weiteren sicheren Betrieb des AKW soll darauf hingewirkt werden, das AKW Krümmel dauerhaft stillzulegen.“ lno